

Die Krise um die Ukraine und die Notwendigkeit des Gripen



Prof. Dr.
Albert A. Stahel,
e. Gemeinderat,
Wädenswil

Der Konflikt um die Krim hat den Europäern und damit auch den Schweizern die Bedeutung der Geopolitik für die Austragung von Konflikten zwischen Staaten wieder bewusst gemacht. Die Führer aller Staaten sind bei ihren Entscheidungen an die Interessen der ihnen anvertrauten Staaten gebunden und diese wiederum sind auf die geopolitische Lage dieser Staaten ausgerichtet. Ohne die Kontrolle der Ukraine und damit des Schwarzen Meeres wird Russland, trotz dem Besitz von Nuklearwaffen, nie mehr in der Lage sein, auf Südosteuropa Einfluss auszuüben und damit die Rolle einer Grossmacht auf dem eurasischen Kontinent einnehmen zu können.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Im Wissen um die geopolitische Bedeutung der Ukraine für Russland müssen die USA alles daran setzen, dass die Ukraine unabhängig bleibt und nie mehr unter die Kontrolle von Moskau gerät. Nur so werden die USA die Gewissheit haben, dass Russland

zukünftig zu einer geopolitisch irrelevanten Macht absinkt. Nur eine solche Situation kann es inskünftig den USA ermöglichen, sich vollständig dem neuen Rivalen China zuwenden zu können. In zunehmendem Masse wird in den letzten Jahren die Welt- und Seemacht USA im westlichen Pazifik durch die Führung in Beijing herausgefordert.

China beansprucht die ungehinderte Herrschaft über das gesamte Südchinesische Meer.

Die Umsetzung dieser Ansprüche wäre nicht nur eine Verletzung des internationalen Rechts auf die freie Schifffahrt in internationalen Gewässern, sie würde auch den Handel der amerikanischen Alliierten Japan, Südkorea und Philippinen auf diesem Meer behindern oder gar unterbinden. Früher oder später werden die USA dieser Konfrontation mit China nicht ausweichen können und vielleicht gar ihr neuestes operatives Konzept «Air-Sea-Battle», den kombinierten Einsatz von Luft- und Seemacht, gegen ausgewählte Ziele in China umsetzen.

Russische Gegenoffensive

Bevor sich aber die USA voll auf China konzentrieren können, müssen sie die Situation der Ukraine und damit Europas bereinigen.

Dank dem Sturz des Präsidenten Janukowitsch ist der amerikanische Einfluss der USA auf die Regierung in Kiew gewachsen.

Zur Verhinderung des Abgleitens der Ukraine in den durch die USA



Die Beschaffung des Gripen sichert die Glaubwürdigkeit der Armee.

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen jede Spende, ob gross oder klein, gerne an. Den beiliegenden Einzahlungsschein finden Sie zwischen Seite 4 und 5. Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

Ihre SD-Parteilitung

bestimmten Machtbereich hat der Herrscher über Russland, Wladimir Putin, in einem ersten Schritt mit dem Einsatz von Spezialeinheiten die grosse Halbinsel Krim von der Ukraine getrennt. Wiederum unter Ausnutzung der Unzufriedenheit der russisch sprechenden Mehrheit in der Ostukraine mit den Machthabern in Kiew, setzt Putin seine Elitesoldaten für die Aufwiegelung der Russen in der Ukraine ein.

Gleichzeitig führt Putin militärische Manöver mit über 40'000 Mann an der Ostgrenze der Ukraine zwecks Einschüchterung der Regierenden in Kiew durch.

Mit Ausnahme der Verlegung von 4 Kompanien nach Polen und in die baltischen Staaten, beschränkt sich Washington auf die Andro-

hung von Sanktionen und einer ausgreifenden Rhetorik gegenüber Moskau.

Allgemeine Abrüstung im Westen

Dieses doch recht bescheidene und zahnlose Vorgehen gegen Russland ist in der militärischen Situation in Europa begründet. Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 sind beinahe alle europäischen Staaten unter einem innenpolitisch bestimmten Zwang in eine hektische Abrüstung geraten. Dies hat dazu geführt, dass heute nur noch wenige NATO-Staaten, dazu gehören die USA, Grossbritannien, Estland und Griechenland, mehr als 2% ihres Bruttonationalproduktes (BNP) für ihre Verteidigung ausgeben. Deshalb müssen die USA für 75% der militärischen Ausgaben der NATO aufkommen.

Fortsetzung Seite 2

Stärken wir die Glaubwürdigkeit der Schweizer Armee mit einer zeitgemässen Luftwaffe! Ja zur Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen! (Volksabstimmung vom 18. Mai 2014)

Die Krise um die Ukraine...*Fortsetzung von Seite 1*

Die militärische Schlagkraft der NATO ist erodiert und bedeutungslos geworden.

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die Wirtschaftsmacht Deutschland, die im Augenblick lediglich 1,2% ihres BSP für die Bundeswehr ausgibt. Auch die Schweiz betreibt eine intensive Abrüstung. **Nach wie vor lässt der gegenwärtige Chef des VBS in rascher Kadenz schwere Waffensysteme wie Kampfpanzer, Panzerhaubitzen und Schützenpanzer verschrotten und dies obwohl in den letzten Jahrzehnten mit dem Geld der Steuerzahler verschiedene dieser Waffensysteme kampfwertgesteigert worden sind.** Zu diesen gehören über 70 Schützenpanzer des Typs 63, die 1989 mit einem Kanonenturm und einer Zusatzpanzerung ausgerüstet wurden. Ein Gegensatz zur Erosion der militärischen Schlagkraft der NATO ist Russland.

Nicht nur hat Moskau im vergangenen Jahrzehnt nicht abgerüstet, sondern seine «überflüssigen» Waffen eingelagert und ab 2008 bis heute die militärischen Ausgaben um 30% erhöht.

Aufgrund dieser Militärpolitik muss Moskau als die stärkste Militärmacht in Kontinentaleuropa bezeichnet werden. Die einzigen Waffensysteme, die der NATO für die Abschreckung eines russischen Vorstosses nach Polen und ins Baltikum zur Verfügung stehen, sind 200 nukleare Freifallbomben der USA, die in Deutschland für den Einsatz durch Jagdbomber lagern. In Anbetracht der Auswirkungen

eines Nuklearkrieges können diese Waffen kein Ausgleich für die Schwäche der konventionellen Kampfkraft der Europäer und damit der NATO sein.

Eigene Luftwaffe ist prioritär

Es ist offensichtlich, dass die sicherheitspolitische Lage in Europa jetzt wieder durch geopolitische Konflikte bestimmt wird. Eine solche Lage fordert deshalb von jedem europäischen Staat und damit auch der Schweiz gerade jetzt die vollständige Durchsetzung des Drei-Elementen-Prinzips des Völkerrechts. **Danach besteht ein Staat aus drei Elementen: Einem Staatsterritorium, einem Staatsvolk und einer Regierung. Ein Staat kann nur bestehen, wenn eine Regierung ihr Territorium und ihr Volk durch eine Armee schützen kann. Ist dies nicht der Fall, wird dieser Staat von der internationalen Gemeinschaft als «failed state» bezeichnet.** Dieser Zusammenhang gilt für Europa und auch für die Schweiz. Solange die Schweizer Regierung den Anspruch aufrechterhalten will, dass die Schweiz ein funktionsfähiger und unabhängiger Staat in Europa bleiben soll, müsste sie mit allen Mitteln eine Armee erhalten und mit dieser das Territorium der Schweiz schützen und kontrollieren können. Zu diesem Territorium gehört auch der Luftraum über der Schweiz. **Die Schweizer Armee ist nur solange glaubwürdig, als sie über eine eigene Luftwaffe verfügt, mit der die Regierung den Luftraum über der Schweiz kontrollieren kann. In der Kriegsgeschichte gibt es genügend Beispiele dafür, dass erstens eine Luftwaffe im Frieden der Garant der Souveränität eines Staates war und zweitens eine Armee in einem**

Kriegsfall ohne einen Luftschirm vernichtet wurde. Grossbritannien konnte im Jahr 1940 nur dank der Royal Air Force eine deutsche Invasion verhindern. Eine Armee ohne eine Luftwaffe ist deshalb bereits im Frieden unglaubwürdig.

Notwendige Ergänzung mit Gripen

Was den aktuellen Bestand an Kampfflugzeugen betrifft, so verfügt die Schweiz gemäss dem Military Balance 2014 des renommierten International Institut for Strategic Studies in London noch über ca. 54 F-5E Tiger II. Diese Flugzeuge stammen technologisch aus der Zeit vor dem Vietnamkrieg und damit aus der ersten Hälfte der 60er Jahre. Nach dem letzten Absturz haben wir noch 32 F/A-18C/D Hornet. Gestützt auf das Abstimmungsergebnis von 1993 wurden diese Kampfflugzeuge ab Mitte der 90er Jahre beschafft. Deren Technologie stammt allerdings noch aus den 80er Jahren. Die US Navy, die bis vor kurzem weitgehend mit diesem Flugzeugtyp ausgerüstet war, hat ihre F/A-18C/D durch modernere F/A-18E/F laufend abgelöst. Leider wurde in den 90er Jahren in der Schweiz aus innenpolitischen Ängsten die in der damaligen Beschaffungsbotschaft vorgesehene zweite Tranche an F/A-18 nicht realisiert.

Mit den 32 F/A-18 kann im Falle einer Bedrohung unseres Luftraums die Kontrolle auf die Dauer nicht garantiert werden.

Deshalb benötigt die Schweizer Luftwaffe dringend eine Ergänzung der 32 F/A-18. **Der Flugzeugtyp Gripen ist das zum gegenwärtigen Zeitpunkt wirkungsvollste Kampfflugzeug, das im Westen verfügbar ist. Zudem ist der Gripen miliztauglich und kann dem-**

zufolge auch durch Milizpiloten geflogen werden. Bei den Flugzeugtypen Rafale und Eurofighter ist dies nicht der Fall.

Des Weiteren verfügt der Gripen über ein grosses Weiterentwicklungspotenzial. So könnten Gripen in der Zukunft zu Drohnen weiterentwickelt werden.

Rafale und Eurofighter sind das Endprodukt einer Entwicklungsreihe.

Gripen stärkt Schweizer Volkswirtschaft

Zwischen dem Staat Schweiz, seiner Armee und seiner Luftwaffe besteht eine Wechselbeziehung. Wird diese beseitigt, wird die Existenz und Glaubwürdigkeit der Schweiz als Staat in Frage gestellt. Verliert die Schweiz diese Glaubwürdigkeit, dann ist auch die Durchsetzung ihrer politischen Unabhängigkeit nicht mehr glaubwürdig.

Der Verlust dieser Unabhängigkeit hätte aber gravierende Folgen für die Volkswirtschaft unseres Landes. Der Eindruck einer für Investitionen sicheren Schweiz würde sich in Nichts auflösen.

In einem solchen Fall könnte sich auch der Abzug ausländischer Investoren und ausländischen Kapitals aus der Schweiz abzeichnen.

Dagegen kann die Beschaffung der Kampfflugzeuge Gripen als einen ersten Schritt zur Revitalisierung der militärischen Schlagkraft der Schweiz bezeichnet werden und würde angesichts der unsicheren Lage zur Erhaltung der Wirtschaftskraft und des Wohlstandes unseres Landes beitragen.

Schluss mit der Erpressung durch die EU

Vertritt unser Bundesrat noch die Schweiz? Die Frage müssen sich die Schweizerinnen und Schweizer immer öfter stellen. Ich persönlich muss diese Frage mit einem klaren Nein beantworten und ich kann dieses Nein auch begründen. Seit Jahrzehnten lassen sich unsere «Landesväter» immer wieder und in immer stärkerem Masse von unseren Mächtigen-Vögten in Brüssel erpressen.

Die EWR-Abstimmung

Nach dem EWR-Nein vom Dezember 1991 pilgerten drei Bundesräte, also praktisch der halbe Bundesrat, nach Brüssel, um sich –



Bei der Personenfreizügigkeit setzte die EU den Bundesrat und dieser wiederum das Schweizer Volk stets unter Druck.

man höre und staune – bei unseren EU-Vögten wegen des Neins der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu entschuldigen! Laut Medien sagten die drei Bundesräte unter anderem, «sie könnten leider nichts dafür, dass sie ein so dummes Volk wie die Schweiz regieren würden, welches die Wohltaten des EWR nicht zu schätzen wüsste!» Leider sah man im Fernsehen keine Bilder der Ankunft der drei Bundesräte vor dem EU-Palast in Brüssel. Ich stelle mir dieselbe in etwa so vor: Nachdem unsere «Landesväter» aus dem Auto ausgestiegen waren, gingen sie auf Knien und mit devot gesenkten

Köpfen in den EU-Palast, um unseren Mächtgern-Vögten ihre Entschuldigung vorzutragen. Mit einem solchen freiwilligen «Gang nach Canossa» kann man sich nur lächerlich machen. **Eine solche «Regierung» nimmt niemand mehr ernst, was die folgenden Jahrzehnte leider bewiesen haben. Die Schweiz wurde immer wieder von der EU aufs Übelste erpresst – wie wir wissen leider fast immer mit Erfolg.**

Die Bilateralen Verträge

Dann kam im Bundesrat irgendeine ganz raffinierte – aus Sicht der Schweizerinnen und Schweizer müsste man eher von bösartig sprechen – Person auf die «glorreiche» Idee der «Bilateralen Verträge». Wie hier das Schweizer Stimmvolk über den Tisch gezogen wurde, würde jedem noch so schlimmen Diktator alle Ehre machen. Bei der Abstimmung zu den

ersten Bilateralen Verträgen mit damals noch 15 EU-Staaten wurde den Schweizer Stimmberechtigten von unseren «Landesvätern» nämlich hoch und heilig versprochen, **«selbstverständlich könnten die Schweizerinnen und Schweizer bei jeder Erweiterung der EU wieder abstimmen, ob sie die «Bilateralen» auch auf die neuen EU-Staaten ausweiten möchten».** Aber wie sahen diese Abstimmungen aus?

Ausnahmsweise hat der Bundesrat zwar ein Versprechen eingehalten, setzte das Schweizer Stimmvolk (wie gewöhnlich, müsste man beinahe sagen) aber unter massivsten Druck.

Man erklärte uns, wir dürften bei den neuen elf EU-Staaten (ausnahmslos handelte es sich dabei um Staaten aus dem ehemaligen Sowjetreich ohne Rumänien und

Bulgarien) doch nicht Nein stimmen, denn es ginge doch nicht, dass man einen Teil der EU diskriminieren würde. Man zog folgenden Vergleich zu Hilfe: Es wäre für die Schweiz doch undenkbar, dass sie einen Vertrag mit einem ausländischen Staat abschliessen würde, der nur einige auserwählte Kantone betreffen und alle anderen Kantone ausschliessen würde. Einem solchen Vertrag würde das Schweizer Volk doch niemals zustimmen.

So also sah diese «freie» Abstimmung aus! **Als nächste Staaten kamen dann Rumänien und Bulgarien an die Reihe und «selbstverständlich» ging das böse «Spiel» (wenn man hier noch von einem Spiel schreiben dürfte) weiter.** Wenn man die «Bilateralen» bei den 26 bisherigen EU-Staaten anwende, dürfe man bei Rumänien und Bulgarien ja keine Ausnahme machen. Als nächstes kommt die

«freie» Abstimmung über den Beitritt von Kroatien an die Reihe, dann wird mit Sicherheit auch Serbien zur Abstimmung kommen, denn mit diesem Land ist die EU zur Zeit bereits auch am Verhandeln usw. usf.

Erpressungen ohne Ende

Leider beweist mein Auszug mit den unzähligen Beispielen, dass die EU unseren Bundesrat immer wieder erfolgreich erpresst hat. Wenn ich daran denke, dass wir zur Zeit der Nazi-Herrschaft ebenso unentschlossene Bundesräte gehabt hätten, läuft mir das kalte Grauen über den Rücken.

Mit solchen Staatsführern hätte die Schweiz den Zweiten Weltkrieg niemals als freies Land überstehen können.

*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat, Baden*

Ursachen der Finanz- und Systemkrise!

Nach dem Studium von zahlreichen Artikeln und Aufsätzen von Fachleuten zum obgenannten Thema; vor allem aber nach Kenntnisnahme der Aufsätze von Thorsten Polleit – («Der Fluch des Papiergeldes») und dem Buch von Ferdinand Lips – («Die Gold-Verschöpfung») wage ich es, das Thema mit den folgenden knapp gefassten Aussagen zu beschreiben.

Krisen statt Gold

Die Krise ist das Ergebnis der planwirtschaftlich verfassten Geldordnung, in der die staatlichen Zentralbanken (und insbesondere die private Fed) das Monopol über das Geldangebot halten. Man merke: Über Jahrhunderte und in den unterschiedlichsten Kulturen war Gold, zuweilen auch Silber und Kupfer, das frei gewählte Geld, das sich im Marktprozess ohne staatliches Dazutun herausbildete und insbesondere das Gold stieg zum «Weltgeld» auf. Erst mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges kamen die Staaten vom Gold ab; **dies nicht, weil die Goldwährung schlecht funktioniert hätte, sondern weil es als wertbeständiges Geld die Kriegsfinanzierung durch Inflation behindert hat.**

Das System von Bretton Woods, welches das zerrüttete internationale Währungssystem nach dem Zweiten Weltkrieg wieder hätte sanieren sollen, war ein halbherziger Versuch, das Geld wieder im Gold zu verankern.



Als das Gold seine Bedeutung verlor, begannen die Krisen.

Das Dollarimperium wollte seine Stellung als Weltwährung sichern. **Mit dem endgültigen Ende der Eintauschpflicht des US-Dollars in Gold, am 15. August 1974, wurden die letzten Reste des Goldregimes beseitigt und die Epoche des «fiat-money» (des staatlichen Papiergeldes) begann und brachte den Staaten Inflation und Krisen.**

Instabiles Geldsystem ohne Realwertdeckung

Das ungedeckte Staatsgeld wird durch Kreditgewährung sprichwörtlich aus dem Nichts produziert, ohne dass dafür eine entsprechende Ersparnisbildung (= Realwertschöpfung) vorhanden wäre. Konjunktur respektive lange dauernde Hochkonjunktur mit diesem ungedeckten Geld ist damit eine schwankende Basis, auf der sich insbesondere auch immer

riesige Fehlinvestitionen (boom's) entwickeln können. Fehlentwicklungen, die früher oder später wieder mit schmerzlichen Folgen für den «kleinen Mann» korrigiert werden müssen. Diese Korrektur ist die gefürchtete Deflation, in welcher die aufgeblähte Geldmenge wieder in ein Gleichgewicht mit den Realwerten gebracht werden muss. Die Nackenhaare sträuben sich, **wenn man die gegenwärtige Politik der Geldschwemme zur Bekämpfung der Krise mit ihrem entsetzlichen Missverhältnis zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft betrachtet.**

Die ständig steigenden Staatsverschuldungen beweisen, dass die heutigen Generationen hemmungslos auf Kosten der kommenden Generationen leben.

Ohne Wenn und Aber – mit dem staatlichen Papiergeld haben sich die Volkswirtschaften auf einen unheilvollen Pfad begeben, **auf dem sie mit immer mehr Geld und niedrigsten Zinsen der unheilswangeren Bereinigungskrise zu entkommen trachten.**

Nach einer jüngsten Information müssten nur schon bei einer Erhöhung der Leitzinsen auf 2 Prozent fast alle Industriestaaten pleitegehen!

Eine Randbemerkung

Immer wenn ein vorlauter Politiker Auskunft über die – angeblich – in den USA gebunkerten Goldvorräte will, gibt es Schwierigkeiten und Spannungen und zwar unabhängig davon, ob es das Gold von Deutschland, Frankreich oder der Schweiz betrifft. **Neckisch zu wissen, dass die SNB durch den Beitritt in den IWF verpflichtet wurde, die Golddeckung für den Franken aufzugeben.** Deshalb benötigten wir plötzlich die Hälfte unseres Goldes nicht mehr und die SNB verschleuderte die Vorräte zu Ausverkaufspreisen.

Ob es uns gefällt oder nicht – die kommenden 10 Jahre werden interessant werden. Wir können gespannt sein, wie die verantwortlichen Politiker aus der selbstgestellten Falle wieder hinauskommen wollen.

*Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Köniz*

Parolen zum Urnengang vom 18. Mai 2014

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 18. Mai 2014 beschlossen:

Ja zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung

Gemäss diesem Beschluss soll die Hausarztmedizin im Rahmen eines neuen Verfassungsartikels zur medizinischen Grundversorgung spezifisch gefördert werden. **Da man mittelfristig mit einem Mangel an Fachpersonen rechnen muss und sich zugleich der Altersdurchschnitt in der Gesellschaft stetig erhöht, kann die heutige flächendeckend hohe Qualität im Gesundheitswesen nicht mehr ohne weiteres garantiert werden.** Die Zusammenarbeit zwischen Hausärzten und Spezialisten sowie neue organisatorische Formen der Dienstleistungsangebote (Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren) verbessern auch die Behandlung der Patienten. Zudem erhöht die angemessene Abgeltung der Leistungen sämtlicher Hausärzte die Attraktivität für den Berufseinstieg. Für die Schweizer Demokraten (SD) hat vor allem die ganzheitliche Förderung der Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsfachpersonen Priorität.

Dies wäre mitunter eine Grundlage zur Schaffung entsprechender Arbeitsstellen, sodass die steigende Nachfrage möglichst mit hiesigen Fachleuten gedeckt werden kann.

Die Beschaffung von ausländischem Personal ist auf diese Weise zu beschränken. Die SD haben einstimmig die Ja-Parole beschlossen.



Schützen wir die Kinder vor potenziellen Wiederholungstätern! Ja zur Pädophilen-Initiative!

Ja zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen»

Die Initiative verlangt, dass bereits verurteilte Sexualstraftäter endgültig das Recht verlieren, mit Kindern oder sogenannten abhängigen Personen (hauptsächlich Behinderte) zu arbeiten. Dieses lebenslängliche Verbot bezieht sich sowohl auf berufliche als auch auf ehrenamtliche Tätigkeiten. In gewisser Regelmässigkeit treten Vorfälle im Zusammenhang mit sexuellen Übergriffen an Minderjährigen oder geistig behinderten Personen auf.

Oftmals sind dabei die Täter bereits vorbestraft, was bedeutet, dass zum Zeitpunkt einer Folgetat eine mehr oder weniger ausgeprägte pädophile Neigung bekannt war.

Es handelt sich genauso häufig um Menschen, welche in ihrem Berufsleben täglich mit zum Widerstand unfähigen oder urteilsunfähigen Leuten arbeiten. Die Volksinitiative umfasst jedoch auch ehrenamtliches Engagement. Hierbei können etwa sämtliche Aufgaben im Bereich «Jugend und Sport» erwähnt werden. Potenzielle Täter suchen nicht selten auf diese Weise den Kontakt mit ihren späteren Opfern. Die Schweizer Demokraten (SD) bevorzugen diese Vorlage gegenüber der aktuellen Gesetzesrevision, **zumal ein zehnjähriges Arbeitsverbot einzelne Rechtsurteile (Mindeststrafe von sechs Monaten) ausschliesst.** Der Vollzug, geregelt auf Gesetzesstufe, garantiert, dass Jugendlieben nicht von der neuen Regelung betroffen wären. Letztlich ist hingegen Pädophilie als psychisches Gebrechen nicht heilbar. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»

Die Initiative verlangt, dass für jeden Arbeitnehmer eine zwingende Lohnuntergrenze von Fr. 22.– pro Stunde oder Fr. 4000.– pro Monat eingeführt wird. Der Text sieht jedoch die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen vor, was vor allem Branchen mit vielen ungelerten Arbeitskräften betrifft. Weder Arbeitgeberorganisationen noch Gewerkschaften sind an einem Attraktivitätsverlust des schweizerischen dualen Bildungssystems interessiert, ansonsten ein Grundschulabsolvent für den Erhalt des Mindestlohnes keine Berufslehre mehr abschliessen müsste. **Das**

Anliegen wurde insbesondere aufgrund der tiefen Schweizer Quote an Gesamtarbeitsverträgen (GAV) lanciert. Somit sollen zukünftig in möglichst vielen Berufssparten einheitliche orts- und branchenübliche Bedingungen geschaffen werden, sodass die Vereinbarungen der Sozialpartner, trotz des gesetzlichen Mindestlohnes, weiterhin von prioritärer Bedeutung sind. Für die Schweizer Demokraten (SD) stellen die geforderten Massnahmen einen wichtigen Ansatz zur Armutsbekämpfung dar.

Wenn eine erwerbstätige Person ihren Lebensunterhalt teilweise mit Sozialhilfegeldern sichern muss, so ist es die Aufgabe des Sozialstaates, entsprechende gesetzliche Regulierungen zu bestimmen.

Der steigende unternehmerische Personalaufwand fällt bei Grossunternehmungen kaum ins Gewicht, **zumal für etliche Manager exorbitante Saläre in Millionenhöhe ausbezahlt werden.** Dagegen sind kleine und mittelgrosse Betriebe beispielsweise mit tieferen Mehrwertsteuersätzen oder gezielten Subventionen sowie Direktzahlungen (letztere gelten hauptsächlich für die Landwirtschaft) zu entlasten. Die SD halten auch explizit fest, dass Mindestlöhne nicht zu mehr Einwanderung aus dem Ausland führen.

Vielmehr öffnet sich gerade in Tieflohnbranchen der Arbeitsmarkt für potentielle Schweizer Berufsleute, welche nur einen angepassten höheren Lohn akzeptieren würden. Der Arbeitgeber profitiert seinerseits auch vom Know-how.

Statt drei (angelernten) ausländischen Angestellten hätte ein Betrieb beispielsweise einen bis zwei (gelernte) Schweizer Mitarbeiter. Auf diese Weise kann die Zuwanderung beschränkt und das Bevölkerungswachstum gedrosselt werden. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ja zum Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen

Im Rahmen des vorliegenden Gesetzes will man einen spezifischen Fonds, welcher aus dem ordentlichen Rüstungsaufwand gespeist wird, für die Beschaffung von 22 Kampfflugzeugen des Typs Gripen



Erwerbstätige Verkäufer und Detailhandelsangestellte beziehen oftmals Sozialhilfe. Ja zur Mindestlohn-Initiative!

Volksinitiativen: Bundesrat auf Abwegen

Nach der Annahme der Ausschaffungsinitiative verkündete der Bundesrat, dass diese zu erheblichen Kollisionen mit der Bundesverfassung und dem Völkerrecht führen würde. Was ist das eigentlich für ein Völkerrecht, das uns zwingt, Kriminelle zu beherbergen?

Bundesrätin Sommaruga weigerte sich, die Initiative umzusetzen. Deshalb wurde von den Initianten die Durchsetzungsinitiative mit 155'000 Unterschriften eingereicht.

Diesmal lautete das bundesrätliche Verdikt wie folgt: Die Initiative widerspreche fundamentalen sowie rechtsstaatlichen Grundsätzen und sei deshalb abzulehnen. Aber widerspricht es nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen, wenn sich Straftäter mit dem Segen der Lan-



Volksentscheide werden insbesondere bei Initiativen systematisch ignoriert.

desregierung bei uns aufhalten oder die Staatsmacht Initiativen nicht umsetzt? Und wie denken wohl die Opfer von Straftaten über eine solche «Rechtsstaatlichkeit»?

Wiederholt sich das Szenario?

Die Masseneinwanderungsinitiative wurde ebenfalls vom Stimmvolk angenommen. Der Bundesrat

macht aber keinen Hehl daraus, dass er die Initiative ablehnt. Er hat diverse Organisationen – **aber nur solche, welche die Initiative bekämpfen – zu einem Gespräch über die Umsetzung eingeladen.**

Die Initianten der MEI, die immerhin über 50% der Stimmen auf sich vereinen, wurden nicht begrüsst. Sie sollen erst später angehört werden.

Diese Vorgänge in Bundesbern bedeuten aber (noch) nicht die Abschaffung der direkten Demokratie. Mit Sicherheit dürfen wir auch in Zukunft zu gewissen Themen ohne Einschränkungen abstimmen. Hierbei könnte beispielsweise die Benennung von Strassen, Brücken oder Plätzen erwähnt werden!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Parolen zum Urnengang vom 18. Mai

Fortsetzung von Seite 4

E einrichten. Mithilfe des Fonds lassen sich die Gesamtkosten von 3,1 Mia. Franken auf 11 Jahre verteilen. Die neuen Flugzeuge dienen der Überwachung des Luftraums, wobei dieser im Konfliktfall auch geschützt und verteidigt werden muss.

Eine Ergänzung mit dem Gripen ist notwendig, zumal die 54 Kampfflugzeuge des Typs F-5 Tiger die Leistungsanforderungen nicht mehr erfüllen und in zwei Jahren zu ersetzen sind.

Danach wäre die Kapazität der Luftwaffe zur Bewältigung ihrer Aufgaben ohne Gripen zu klein. Die weiteren 32 F/A-18-Flugzeuge bleiben bis ca. 2030 in Betrieb. Ursprünglich fand ein Auswahlverfahren zwischen drei möglichen Flugzeugen statt. Gegenüber dem Rafale und dem Eurofighter hat sich der Gripen zu Recht als bestes Produkt entpuppt. **Er ist miliztauglich, kann vielseitig, beispielsweise als Drohne, eingesetzt werden und stammt aus Schweden.**

Die Zusammenarbeit mit einem neutralen und blockunabhängigen Herstellerland hat eine grosse politische sowie strategische Bedeutung. Die Schweiz sichert

auch ihre Position im Sinne eines unabhängigen Staates. **Des Weiteren wurde vereinbart, dass im Gegenzug Schweizer Unternehmungen Aufträge in der Höhe von 2,5 Mia. Franken erhalten.** Somit kommt die Beschaffung im grossen Stil dem hiesigen Wirtschaftsstandort zugute. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist dieser Kauf letztlich nicht mehr und nicht weniger als eine Stärkung der Armee. Dabei hat die Luftwaffe den höchsten Wert. Dieser kann mit der Glaubwürdigkeit einer Armee als solches und letztlich auch mit der Unabhängigkeit und Stabilität eines Landes gleichgesetzt werden. Nur eine Aufrüstung mit zeitgemässer Technologie garantiert eine


nachhaltige Sicherung des Luftschirms.


Vor allem der bewaffnete Konflikt in der Ukraine zeigt auf, dass eine Armee nicht lediglich symbolischen Charakter hat.

Die Referendumsführer beweisen über weite Strecken ihre rein pazifistischen Interessen und erkennen insbesondere die volkswirtschaftliche Wichtigkeit der Armee nicht. **Der Abbau im Militärwesen ging oft zulasten der Randregionen.** Die SD haben zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

SD-Zentralvorstand

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056 222 68 72.

 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen- Westside, Haltestelle Säge (von dort

etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 031 974 20 10. **Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab

Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos über Telefon 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Donnerstag, 29. Mai 2014, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Schludrige Fusionsinitiative!

Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben mit einem fragwürdigen und dürftigen sogenannten «Gutachten» als Grundlage die Fusionsinitiative für rechtsgültig erklärt. Dem folgte der Basler Grossrat (praktisch ohne zu diskutieren!) fast einhellig und der Baselbieter Landrat mit deutlichem Mehr. Dann bezeichneten wir Fusionsgegner einige Punkte dieser Initiative als verfassungswidrig und wurden deswegen ins «Schämdieggli» gestellt.

Doch langsam dämmerte es den Fusionisten, dass sie da wohl eine Initiative formuliert haben, die rechtlich nicht haltbar ist.

Und nun wurde in aller Eile ein Gegenvorschlag formuliert, **damit man diese schlecht formulierte Initiative zurückziehen kann.**

Unglaubliche Handlungsweise

Das zeigt uns – erstens: Wir Fusionsgegner hatten recht. Die Fusionsinitiative steht rechtlich auf mehr als wackligen Beinen. Die Initiative ist wohl effektiv verfassungswidrig, **sonst wäre nicht plötzlich in aller Eile ein Gegenvorschlag verfasst worden.** Zweitens: Die beiden Regierungen haben diese Initiative offensichtlich auf schludrig-fahrlässige Art und Weise abgehandelt. Die involvier-

ten Juristen, Regierungsratsmitglieder und Politiker geben ein peinliches Bild ab.

Zudem wissen wir jetzt, dass die Fusionisten diejenigen sind, die nicht einmal einen Initiativtext hieb- und stichfest formulieren können. Und solche Leute wollen uns in eine bessere Zukunft führen?

Fusion schmälert Volksrechte

Normalerweise geht es in Bananenrepubliken so zu und her. Nun denn, weil die Initiative wohl zurückgezogen werden muss, darf ich auf die Beschreitung des Rechtsweges verzichten. Sehr vieles spricht aber – auch mit dem neuen Gegenvorschlag – immer noch gegen eine Fusion. **Grösser ist nicht automatisch besser, sondern weiter entfernt von den Problemen und Anliegen der Einwohnerinnen und Einwohner.**

Im Endeffekt heisst grösser immer auch weniger Mitsprache der Bevölkerung.

Es gibt also weiterhin diese und viele weitere Gründe gegen eine Fusion. Wir lassen uns unseren Kanton nicht wegnehmen!

Rudolf Keller, e. Nationalrat, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf



Auch kleine Parteien sollen im Parlament (Bild: Zürcher Rathaus, Sitz des städtischen Parlaments) mitentscheiden können.

Vorgebracht wird auch, dass die Vertreter der kleinen Parteien im Ratsbetrieb nicht genügend «eingebunden» wären. Soweit das so ist, haben dies die «Grossen» selber verursacht: Sie haben ja die Gemeinderäte von Parteien mit weniger als fünf Sitzen von der Mitarbeit in den vorbereitenden Kommissionen ausgeschlossen und damit zu Parlamentariern zweiter Klasse degradiert! Abwegig ist die weitere Argumentation, die kleinen Parteien hätten bei den knappen Mehrheitsverhältnissen im Gemeinderat einen zu grossen Einfluss, was die Entscheidungen im Rat «unberechenbar» mache. In den Ratssitzungen haben alle Ratsmitglieder eine Stimme und damit gleich viel Einfluss. Die «Unberechenbarkeit» besteht darin, **dass die Vertreter von kleinen, unabhängigen Parteien wie SD oder EVP die «Freiheit» haben, nicht einfach blindlings einem der grossen Blöcke nachzulaufen.** Die Platzhirsche des bürgerlichen und des linken Parteienblocks empfinden sie deshalb als Störenfriede.

Eigentlich steht in der Gemeindeverfassung, dass die Mitglieder des Gemeinderats – auch jene der grossen Parteien – «ohne Instruktionen» stimmen.

Das ist aber längst toter Buchstabe. **Anders als noch vor 20, 30 Jahren traut sich kaum noch ein Ratsmitglied, anders abzustimmen als die Mehrheit seiner Fraktion.** Da könnte man gerade so gut auf Ratssitzungen verzichten, stattdessen im Rathaus eine Waage aufstellen und nur noch die Fraktionschefs einen Jeton darauflegen lassen, der so viele Gramm wiegt wie ihre Partei Sitze hat.

Im faktischen Fraktionszwang liegt das wahre Übel, nicht in der Präsenz kleiner Parteien. Darum weg mit der undemokratischen Sperrklausel bei den Gemeinderatswahlen!

Christoph Spiess, e. Gemeinderat, 2. Zentralvizepräsident, Zürich

Kanton Zürich

Jede Stimme soll gleich viel zählen!

Das sollte in einem demokratischen Staat selbstverständlich sein. Vor 2006 war das aber in der Stadt Zürich überhaupt nicht so. Die Unterteilung der Stadt in zwölf Wahlkreise führte im Gegenteil dazu, dass die kleineren Parteien bei der Sitzverteilung im Gemeinderat stark benachteiligt und regelmässig nicht entsprechend ihrem Stimmenanteil im Parlament vertreten waren. Zur Beseitigung dieses Mangels wurde das «Pukelsheim»-Verfahren eingeführt. Seither erfolgt die Sitzverteilung grundsätzlich aufgrund der gesamtstädtischen Wähleranteile der Parteien. Auf Betreiben der grossen Parteien wurde aber leider ein systemfremdes Element eingeführt: Die sogenannte Fünfprozent-Hürde. Damit eine Partei überhaupt in den Gemeinderat kommt, **reicht nicht aus, dass sie**

gesamtstädtisch genügend Stimmen für einen oder mehrere Gemeinderatssitze erhält. Sie muss zusätzlich in mindestens einem Wahlkreis 5 Prozent Stimmenanteil erreichen.

Tausende von Stimmen umsonst!

In der kommenden Amtsdauer bleiben verschiedene kleinere Parteien, denen nach dem «Pukelsheim»-Proporz eigentlich insgesamt sieben von 125 Sitzen im Gemeinderat zustünden, ausgesperrt. Die Argumente, mit denen die grossen Parteien dies zu rechtfertigen versuchen, sind höchst fadenscheinig. **Von einer drohenden «Zersplitterung» im Gemeinderat kann nicht die Rede sein, hätten doch auch ohne die unfaire Sperrklausel die drei grössten Parteien 78, die fünf grössten gar 104 von 125 Sitzen erhalten.**

Nein zum 50-Mio.-Kredit für Schulpavillons

Der Vorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für den städtischen Urnengang vom 18. Mai 2014 die folgenden Empfehlungen beschlossen: **Zum Rahmenkredit von 50 Mio. Franken zur Beschaffung und Installation von Schulpavillons wird die Nein-Parole herausgegeben.** Der übermässige Bedarf an Schulraum, mit dem der beantragte Kredit be-

gründet wird, ist eine Folge der vom Zürcher Stadtrat betriebenen Politik des masslosen Wachstums. Die Schweizer Demokraten sind dezidiert der Meinung, **dass Zürich mit raumplanerischen Mitteln die Zuwanderung bremsen soll, statt teure Infrastruktur für immer noch mehr Einwohner bereitzustellen.**

SD Stadt Zürich

Eine restriktive Beschränkung der Zuwanderung ist nur mittels Ecopop-Initiative möglich! Warum lehnt zum Beispiel der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr das Anliegen ab? Wie denkt er bezüglich Überbevölkerung?

La Suisse syphilitique

Je me souviens, il y a plus de 35 ans, lors d'une émission littéraire de la télévision française, de l'exclamation sentencieuse de l'écrivain Jacques Laurent à l'endroit du sociologue marxiste Jean Duvinet: «Je considérais alors (...) qu'il n'y avait pas à choisir entre Hitler et Staline. Entre la syphilis et la petite vérole!»

La syphilis, c'est bien là le mal insidieux qui ronge ce pays aujourd'hui en capilotade. Quand, pendant des siècles, les confédérés se sont sacrifiés (en plus du million de morts de Marignan aux guerres napoléoniennes) pour leur patrie et, avec elle, sa noble définition, et que l'on constate aujourd'hui le désastre, là, sous nos yeux, on ne peut que regretter, à leur place (qu'ils nous pardonnent) les sacrifices héroïques consentis par les fondateurs de la Confédération.

Il faut dire que la situation économique désastreuse a, depuis lors, bien changé (nous serions tenté d'ajouter: hélas!).

En effet, quand, pendant des siècles, ce pays ne survivait miraculeusement que grâce à ses maigres ressources et que le mercenariat



lui apportait de quoi ne pas disparaître complètement, il existait! Désormais, plus de misère, ni de mercenariat. Des succès économiques incontestables chevalant un niveau de vie supérieur à la moyenne européenne, donc mondiale. Ceci explique cela.

Les nations nanties, telle la Suisse, ayant perdu leur «âme», sont condamnées à la disparition finale. (Heureux les peuples pauvres, leur avenir leur appartient).

50 à 60'000 immigrés supplémentaires chaque année + 35 à 40'000

naturalisations imbéciles. Deux tiers de mariages mixtes (suisse/étrangers) en 2012 dans le canton de Vaud. Un sur deux sur le plan national. Bravo! Dans 50 ans, l'homo helveticus aura totalement disparu.

Ce pays, en plus d'être la risée du monde entier, est devenu la prostituée de luxe du continent! «Pas d'argent, pas de Suisses!» Oui! Il s'agissait alors d'aller se faire occire sur les champs de bataille européens pour le compte des puissances étrangères (...)

Aujourd'hui, il importe seulement de satisfaire aux exigences criminelles et suicidaires «d'Economie Suisse» et des lobbies mondialistes commanditaires...

La Suisse serait-elle devenue une putain qui attend son (ses) maître (s) les jambes écartées?, pour paraphraser, dans un contexte différent, le célèbre apophtegme de Bernanos. Sans doute! Finalement, la syphilis aura sa peau!

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Les plaisirs rédhibitoires

Doux euphémisme pour caractériser la volition réelle, préfigurant les «croisades impavides» des stars américaines (Madonna, Sharon Stone et Cie...) en faveur de la recherche sur le sida! A cet égard, on ne manquera pas de s'interroger sur le silence, voire l'indifférence, de celles-ci au cours des dernières décennies, sur de potentielles campagnes pour la recherche sur le cancer, la sclérose en plaques etc... Mais, c'est un truisme, ce fléau constitue, d'abord et surtout, une menace tragiquement logique, qui plane, inexpugnable et mortellement vindicative, sur les mœurs dissolues des sybarites du show business américain, subitement métamorphosés (remembrance de burlesque et matoise commisération) en bonnes âmes immaculées. Sinon, comme expliquer cette foudroyante solidarité, ce volontarisme radicalement altruiste et cette

empathie compatissante de la part d'histrions décatiés, subitement recyclés dans l'humanitarisme le plus scandalement obscène et démagogique.

Sursaut désespéré pour préserver un mode d'existence protéiforme, mercantile et concupiscent, totalement dévolu aux pratiques licencieuses – leur meilleur rôle! – et

pour lequel ces représentants du cinéma US s'apitoient et s'engagent personnellement. Certainement pas la campagne chevaleresque qu'ils s'efforcent maladroitement de faire accroire, bénéfique aux sidéens déclarés, virtuels et à venir...

Nous ne manquerons pas de dénoncer – nous sommes les seuls! –

ces «magnifiques» impostures et renvoyons leurs auteurs aux tribulations mortifiantes qu'une existence entièrement consacrée à la seule volupté leur réserve tout uniment aujourd'hui!

Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens

Consignes de vote pour les votations fédérales du 18 mai 2014

- Oui à l'arrêté fédéral concernant les soins médicaux de base
- Oui à l'initiative populaire «Pour que les pédophiles ne travaillent plus avec des enfants»
- Oui à l'initiative populaire «Pour la protection de salaires équitables (initiative sur les salaires minimums)»
- Oui à la loi fédérale sur le fonds d'acquisition de l'avion de combat Gripen

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Herrscht in Asylbewerberzentren Dichtestress?

Die Organisation «Augenau», die sich angeblich für Menschenrechte einsetzt und vor allem aus Linksextremisten besteht, die versuchen, sich zu tarnen, hat ein Communiqué verfasst und breit in den Medien gestreut, in welchem es die **neuen Massnahmen des Bundesamtes für Migration (BFM) zur schnelleren Erledigung der Asylanträge angreift**. Im kürzlich eingerichteten Asylbewerberzentrum des BFM in Zürich-Altstetten herrsche ein Dichtestress, der schädlich sei. Das Communiqué löste viele Kommentare aus, auch in der Rechtspresse, zum Beispiel sogar in der Neuen Zürcher Zeitung NZZ. An sich ist die Warnung vor der Entstehung eines sogenannten Dichtestresses, einer Massierung von Bevölkerung auf engem Raum, die geeignet ist, den Aggressionspegel zwischen den Menschen zu senken und als pathogener Faktor, als auslösende Ursache für Krankheiten besonders psychischer, aber nicht ausschliesslich solcher Art wirkt, richtig. Die wissenschaftliche Erkenntnis stammt aus der vergleichenden Verhaltensforschung. **Im gegebenen Zusammenhang ist die Warnung aber ein Eigengoal!**

Wer spricht denn hier von Asylbewerberzentren?!

Geht nämlich die Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung in die Schweiz so weiter wie bisher,



Herrscht wirklich «nur» in Asylbewerberzentren ein Dichtestress oder lenkt man lieber von den grundlegenden Problemen ab?

werden wir bald nicht nur in Asylbewerberzentren einen Dichtestress bekommen, sondern im ganzen Land! Polizeirapporte und die Statistik der Invalidenversicherung weisen schon heute nach, **dass die Häufigkeit von Kriminalität und Arbeitsunfähigkeit aus psychischen Gründen, Ausdruck von Persönlichkeitsstörungen und Neurosen, in der Schweiz seit Jahren wächst.** Auch Mittelabhängigkeiten sowie andere sogenannte Verhaltenssuchte wie Spiel-, Inter-

net-, Porno- und Handysucht nehmen zu. Die kleine Schweiz verfügt nur über ein beschränktes Territorium, vieles davon überhaupt nicht bewohnbar.

Soll denn am Ende die ganze Bevölkerung unter einer krankmachenden Bevölkerungsverdichtung leiden und dadurch zugrunde gehen?

*Dr. Jean-Jacques Hegg,
e. Nationalrat, Dübendorf*

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen jede Spende, ob gross oder klein, gerne an. Den beiliegenden Einzahlungsschein finden Sie zwischen Seite 4 und 5. Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!

Ihre SD-Parteileitung

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden: Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch